

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/201536]

**31. JANUAR 2022 — Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils  
des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, Artikel D.IV.1 § 2 Nummern 1 und 3;

Aufgrund des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. November 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 22. November 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 70.663/4 des Staatsrates, das am 10. Januar 2022 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In der Erwägung, dass eine gewisse Dringlichkeit besteht, für die kontinuierliche Gewährleistung des öffentlichen Dienstes und um für eine größtmögliche Rechtssicherheit für die Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu sorgen insbesondere im Hinblick auf die bereits stattfindenden Wiederaufbaumaßnahmen infolge der Hochwasserkatastrophe von Juli 2021 müssen ebenfalls kurzfristig die rechtlichen Rahmenbedingungen vorliegen; dass es unter diesen Umständen angebracht ist, gemäß Artikel D.I.4 § 1 Absatz 4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung kein Gutachten des Beirats für Raumordnung zu beantragen;

In Erwägung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 28. Juli 2021 zur Anerkennung der Überschwemmungen vom 14. bis 16. Juli 2021 als allgemeine Naturkatastrophe und zur Abgrenzung ihrer geographischen Ausdehnung;

Auf Vorschlag des für die Raumordnung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel R.IV.1-1 des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 4 wird folgende Nummer 18 eingefügt:

“18. anerkannte Naturkatastrophe: eine aufgrund des Dekrets der Wallonischen Region vom 26. Mai 2016 über die Wiedergutmachung bestimmter Schäden, die durch allgemeine Naturkatastrophen entstanden sind, anerkannte Naturkatastrophe.”

2. Unter Punkt B der Nomenklatur werden folgende Zeilen 10 bis 12 eingefügt:

|  |  |    |  |   |  |   |
|--|--|----|--|---|--|---|
|  |  | 10 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe vorgenommene Handlungen und Arbeiten zur Instandsetzung von Gebäuden und Bauten, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind:<br>a) die Handlungen und Arbeiten erfolgen binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe;<br>b) die Handlungen und Arbeiten werden dem Gemeindegremium mindestens 15 Tage vor ihrem Beginn mitgeteilt;<br>c) die Handlungen und Arbeiten beeinträchtigen nicht das Tragwerk des Gebäudes oder der Bauwerke;<br>d) die Handlungen und Arbeiten entsprechen den in Punkt A1 aufgeführten Bedingungen;<br>e) der Verschluss, die Öffnung oder die Veränderung von ursprünglichen Öffnungen in der Dachfläche erfolgen auf höchstens einer Ebene und mit denselben Baustoffen als diejenigen des Daches;<br>f) der Verschluss, die Öffnung oder die Veränderung von ursprünglichen Öffnungen in aufgehenden Mauerwerken erfüllen gleichzeitig folgende Bedingungen:<br>i) der Verschluss oder die Veränderung wird mit den gleichen Verkleidungswerkstoffen wie diejenigen des aufgehenden Mauerwerks durchgeführt;<br>ii) jede Öffnung oder Veränderung erfolgt einzeln betrachtet auf höchstens einer Geschossebene;<br>iii) falls das Gut einem regionalen oder kommunalen Leitfaden für den Städtebau unterliegt, entsprechen die Handlungen und Arbeiten diesem Leitfaden. | x |  | x |
|  |  | 11 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe vorgenommener Abbruch von freistehenden Gebäuden, Bauten und Anlagen, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind:<br>a) der Abbruch erfolgt binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe;<br>b) der Abbruch wird dem Gemeindegremium mindestens 15 Tage vor seinem Beginn mitgeteilt.   | x |  | x |

|  |  |    |   |   |  |   |
|--|--|----|---|---|--|---|
|  |  | 12 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe vorgenommener Abbruch von nicht freistehenden Gebäuden, Bauten und Anlagen, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind:<br>a) der Abbruch erfolgt binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe;<br>b) der Abbruch erfolgt im Rahmen eines im Dringlichkeitsverfahren angenommenen Erlasses des Bürgermeisters, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. | x |  | x |
|--|--|----|---|---|--|---|

3. Unter Punkt P der Nomenklatur werden folgende Zeilen 4.1 bis 4.5 eingefügt:

|  |  |     |  |   |  |   |
|--|--|-----|--|---|--|---|
|  |  | 4.1 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen auf öffentlichem Eigentum, die einen öffentlichen Dienst, eine öffentliche Dienstleistung oder eine Tätigkeit von allgemeinem Interesse gemäß Artikel D.IV.22 Absatz 1 Nummer 7 oder eine Tätigkeit des öffentlichen Interesses gemäß Artikel R.IV.22-2 Nummer 17 beherbergen.<br>Die Genehmigung zur Nutzung des öffentlichen Eigentums wird vorab eingeholt.<br>Das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.   | x |  | x |
|  |  | 4.2 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen, Außenparkplätze inbegriffen, auf privatem Eigentum, die einen öffentlichen Dienst, eine öffentliche Dienstleistung oder eine Tätigkeit von allgemeinem Interesse gemäß Artikel D.IV.22 Absatz 1 Nummer 7 oder eine Tätigkeit des öffentlichen Interesses gemäß Artikel R.IV.22-2 Nummer 17 beherbergen, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind:<br>a) es handelt sich um die Verlegung einer in der Gemeinde bestehenden Tätigkeit;<br>b) es handelt sich um ein zur Verstädterung bestimmtes Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23;<br>c) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das von einem Risiko gemäß Artikel D.IV.57 Absatz 1 Nummer 3 betroffen ist oder das der Gefahr eines konzentrierten Abflusses ausgesetzt wird, d. h. einer natürlichen Konzentrationsachse des Niederschlagswassers;<br>d) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde;<br>e) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, dessen Lage das Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte;<br>f) es betrifft nicht einen aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort oder ein auf dem kartographischen Portal des ÖDW angeführtes Gebiet von großem biologischem Interesse;<br>g) das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt. | x |  | x |
|  |  | 4.3 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen mit kommerziellem Charakter oder Anlagen zur Beherbergung eines Unternehmens oder eines Selbstständigen auf dem öffentlichen Eigentum, sofern es sich um die Verlegung einer in der Gemeinde bestehenden Tätigkeit handelt.<br>Die Genehmigung zur Nutzung des öffentlichen Eigentums wird vorab eingeholt.<br>Das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.  | x |  | x |

|  |  |     |  |   |  |   |
|--|--|-----|--|---|--|---|
|  |  | 4.4 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen mit kommerziellem Charakter oder Anlagen zur Beherbergung eines Unternehmens oder eines Selbstständigen, Außenparkplätze inbegriffen, auf Privateigentum, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind:<br><i>a)</i> es handelt sich um die Verlegung einer in der Gemeinde bestehenden Tätigkeit;<br><i>b)</i> es handelt sich um ein zur Verstädterung bestimmtes Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23;<br><i>c)</i> es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das von einem Risiko gemäß Artikel D.IV.57 Absatz 1 Nummer 3 betroffen ist oder das der Gefahr eines konzentrierten Abflusses ausgesetzt wird, d. h. einer natürlichen Konzentrationsachse des Niederschlagswassers;<br><i>d)</i> es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde;<br><i>e)</i> es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, dessen Lage das Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte;<br><i>f)</i> es betrifft nicht einen aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort oder ein auf dem kartographischen Portal des ÖDW angeführtes Gebiet von großem biologischem Interesse;<br><i>g)</i> das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt. | x |  | x |
|  |  | 4.5 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe das vorläufige Aufstellen von Leichtbauwohnungen zur Beherbergung von Opfern der Naturkatastrophe durch oder im Auftrag der Gemeinden, der öffentlichen Sozialhilfezentren oder der Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind:<br><i>a)</i> es handelt sich um ein zur Verstädterung bestimmtes Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23;<br><i>b)</i> es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das von einem Risiko gemäß Artikel D.IV.57 Absatz 1 Nummer 3 betroffen ist oder das der Gefahr eines konzentrierten Abflusses ausgesetzt wird, d. h. einer natürlichen Konzentrationsachse des Niederschlagswassers;<br><i>c)</i> es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde;<br><i>d)</i> es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, dessen Lage das Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte;<br><i>e)</i> es betrifft nicht einen aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort oder ein auf dem kartographischen Portal des ÖDW angeführtes Gebiet von großem biologischem Interesse;<br><i>f)</i> das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.  | x |  | x |

4. In der Zeile P5 der Nomenklatur wird die Wortfolge "Punkten 1 und 4" durch die Wortfolge "Punkten 1 und 4 bis 4.5" ersetzt.

5. In der Zeile W4 der Nomenklatur wird die Wortfolge ", inbegriffen Kunstbauwerke, die Straßen oder Eisenbahngleise stützen" eingefügt.

6. Unter Punkt W der Nomenklatur werden folgende Zeilen 19 bis 21 eingefügt:

|  |  |    |   |   |  |   |
|--|--|----|---|---|--|---|
|  |  | 19 | Aufstellen von technischen Geräten zur Überwachung von Wasserläufen.  | x |  | x |
|  |  | 20 | In von anerkannten Naturkatastrophen betroffenen Gebieten und sofern die Arbeiten binnen drei Jahren ab Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe maßgeblich begonnen wurden, Handlungen und Arbeiten zum Wiederaufbau von Brücken, inbegriffen das Tragwerk betreffende Arbeiten, zur Instandsetzung der Uferbereiche oder des Bachbetts eines Wasserlaufs oder zur Reparatur der Talsperren und ihrer Anlagen, sofern die Lokalisierung der Anlagen unverändert bleibt und Maßnahmen zur Beibehaltung der Nutzung durch die Verkehrsteilnehmer getroffen werden. | x |  | x |

|  |  |    |   |   |  |   |
|--|--|----|---|---|--|---|
|  |  | 21 | In von anerkannten Naturkatastrophen betroffenen Gebieten und sofern die Arbeiten binnen drei Jahren ab Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe maßgeblich begonnen wurden, Abbruch, Instandsetzung oder Wiederaufbau von Ufermauern oder anderen Kunstbauwerken, die im Eigentum des Verwalters des nicht schiffbaren Wasserlaufs stehen. | x |  | x |
|--|--|----|---|---|--|---|

7. Unter Punkt X der Nomenklatur wird folgende Zeile 7.1 eingefügt:

|  |  |     |  |   |  |   |
|--|--|-----|--|---|--|---|
|  |  | 7.1 | Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und sofern die Arbeiten binnen drei Jahren ab Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe maßgeblich begonnen wurden, Verlegung, Verlagerung, Umrüstung und Ersetzen von unter- oder überirdischen Abwasser-, Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetzen und ihren Nebenanlagen. | x |  | x |
|--|--|-----|--|---|--|---|

8. In der Zeile X8 der Nomenklatur wird die Wortfolge "Punkten 1 bis 7" durch die Wortfolge "Punkten 1 bis 7.1" ersetzt.

**Art. 2** - Vorliegender Erlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

**Art. 3** - Der für die Raumordnung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 31. Januar 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

#### TRADUCTION

#### MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/201536]

#### 31 JANVIER 2022. — Arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du développement territorial

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la partie décrétable du Code du développement territorial, l'article D.IV.1, § 2, 1<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup>;

Vu la partie réglementaire du Code du Développement territorial;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 novembre 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 22 novembre 20231;

Vu l'avis n° 70.663/4 du Conseil d'État, donné le 10 janvier 2022 en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant qu'il y a une certaine urgence à garantir la continuité du service public et à assurer une sécurité juridique maximale pour les citoyens, les entreprises et les administrations, notamment en vue des travaux de reconstruction déjà en cours suite aux inondations catastrophiques de juillet 2021, le cadre juridique doit également être disponible à court terme; qu'il convient, dans ces circonstances, de ne pas solliciter l'avis du conseil consultatif pour l'aménagement du territoire prévu à l'article D.I.4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 4, du Code du développement territorial;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 28 juillet 2021 reconnaissant comme calamité naturelle publique les inondations survenues du 14 au 16 juillet 2021 et délimitant son étendue géographique;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** À l'article R.IV.1-1 de la partie réglementaire du Code du développement territorial, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 1<sup>er</sup> juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> l'alinéa 4 est complété par un 18<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 18<sup>o</sup> calamité naturelle reconnue : une calamité naturelle reconnue en vertu du décret de la Région wallonne du 26 mai 2016 relatif à la réparation de certains dommages causés par des calamités naturelles publiques. »;

2° le point B de la nomenclature est complété par les lignes 10 à 12 rédigées comme suit :

|  |  |    |   |   |  |   |
|--|--|----|---|---|--|---|
|  |  | 10 | Actes et travaux de remise en état de bâtiments et constructions à la suite d'une calamité naturelle reconnue, pour autant que cumulativement :<br>a) les actes et travaux sont réalisés dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle;<br>b) les actes et travaux sont communiqués au collège communal au moins quinze jours avant leur début;<br>c) les actes et travaux ne portent pas atteinte à la structure portante des bâtiments ou constructions;<br>d) les actes et travaux répondent aux conditions mentionnées au point A1;<br>e) l'obturation, l'ouverture ou la modification de baies existantes situées dans le plan de toiture, sur maximum un niveau, effectuée dans les mêmes matériaux que ceux de la toiture;<br>f) l'obturation, l'ouverture ou la modification de baies existantes dans les élévations pour autant que, cumulativement :<br>i) l'obturation ou la modification est effectuée avec les mêmes matériaux de parement que ceux de l'élévation;<br>ii) chaque ouverture ou modification s'étend sur maximum un niveau;<br>iii) lorsque le bien est soumis à un guide régional ou communal d'urbanisme, les actes et travaux sont conformes à ce guide. | X |  | x |
|  |  | 11 | À la suite d'une calamité naturelle reconnue, la démolition de bâtiments, constructions et installations isolés, pour autant que cumulativement :<br>a) la démolition est réalisée dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle;<br>b) la démolition est communiquée au collège communal au moins quinze jours avant son début.  | x |  | x |
|  |  | 12 | À la suite d'une calamité naturelle reconnue, la démolition de bâtiments, constructions et installations non isolés, pour autant que cumulativement :<br>a) la démolition est réalisée dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle;<br>b) la démolition est réalisée dans le cadre d'un arrêté du bourgmestre pris en urgence dans le but d'assurer la sécurité publique.   | x |  | x |

3° le point P de la nomenclature est complété par les lignes 4.1 à 4.5 rédigées comme suit :

|  |  |     |  |   |  |   |
|--|--|-----|--|---|--|---|
|  |  | 4.1 | À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine public d'installations accueillant un service public ou une activité à finalité d'intérêt général visée à l'article D.IV.22, alinéa 1 <sup>er</sup> , 7 <sup>o</sup> , ou une activité d'utilité publique visée à l'article R.IV.22-2, 17 <sup>o</sup> .<br>L'autorisation d'occupation du domaine public est demandée au préalable.<br>Au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.  | x |  | x |
|  |  | 4.2 | À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine privé d'installations, en ce compris des emplacements de stationnement en plein air, accueillant un service public ou une activité à finalité d'intérêt général visée à l'article D.IV.22, alinéa 1 <sup>er</sup> , 7 <sup>o</sup> , ou une activité d'utilité publique visée à l'article R.IV.22-2, 17 <sup>o</sup> , pour autant que, cumulativement :<br>a) il s'agit du déplacement d'une activité existant dans la commune;<br>b) il s'agit d'une zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23;<br>c) le terrain ou la partie de terrain ne sont pas concernés par un risque au sens de l'article D.IV.57, alinéa 1 <sup>er</sup> , 3 <sup>o</sup> , ou un risque de ruissellement concentré, c.-à-d. un axe de concentration naturel des eaux pluviales;<br>d) le terrain ou la partie de terrain n'ont pas subi d'inondation dans les cinq dernières années;<br>e) la localisation du terrain ou de la partie de terrain n'est pas susceptible d'accroître le risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou d'en aggraver les conséquences;<br>f) il ne s'agit ni d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, ni d'un site de grand intérêt biologique figurant sur le site cartographique du SPW;<br>g) au terme du délai, le terrain retrouve son état initial. | x |  | x |

|  |  |     |   |   |  |   |
|--|--|-----|---|---|--|---|
|  |  | 4.3 | À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine public d'installations à caractère commercial ou accueillant l'activité d'un indépendant ou d'une entreprise, à la condition que l'activité existe dans la commune et soit déplacée. L'autorisation d'occupation du domaine public est demandée au préalable.<br>Au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.  | x |  | x |
|  |  | 4.4 | À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine privé d'installations à caractère commercial ou accueillant l'activité d'une entreprise ou d'un indépendant - en ce compris les emplacements de stationnement - pour autant que, cumulativement :<br>a) il s'agit du déplacement d'une activité existant dans la commune;<br>b) il s'agit d'une zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23;<br>c) le terrain ou la partie de terrain ne sont pas concernés par un risque au sens de l'article D.IV.57, alinéa 1 <sup>er</sup> , 3 <sup>o</sup> , ou un risque de ruissellement concentré, c.-à-d. un axe de concentration naturel des eaux pluviales;<br>d) le terrain ou la partie de terrain n'ont pas subi d'inondation dans les cinq dernières années;<br>e) la localisation du terrain ou de la partie de terrain n'est pas susceptible d'accroître le risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou d'en aggraver les conséquences;<br>f) il ne s'agit ni d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, ni d'un site de grand intérêt biologique figurant sur le site cartographique du SPW;<br>g) au terme du délai, le terrain retrouve son état initial. | x |  | x |
|  |  | 4.5 | À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire d'habitations légères par ou pour le compte des communes, des centres publics d'action sociale ou des sociétés de logement de service public - en vue d'héberger des victimes de la calamité naturelle - pour autant que, cumulativement :<br>a) il s'agit d'une zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23;<br>b) le terrain ou la partie de terrain ne sont pas concernés par un risque au sens de l'article D.IV.57, alinéa 1 <sup>er</sup> , 3 <sup>o</sup> , ou un risque de ruissellement concentré, c.-à-d. un axe de concentration naturel des eaux pluviales;<br>c) le terrain ou la partie de terrain n'ont pas subi d'inondation dans les cinq dernières années;<br>d) la localisation du terrain ou de la partie de terrain n'est pas susceptible d'accroître le risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou d'en aggraver les conséquences;<br>e) il ne s'agit ni d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, ni d'un site de grand intérêt biologique figurant sur le site cartographique du SPW;<br>f) au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.   | x |  | x |

4° dans la ligne P5 de la nomenclature, les mots « 1° et 4° » sont remplacés par les mots « 1° et 4° à 4.5 »;

5° la rubrique W4 de la nomenclature est complétée par les mots « en ce compris les ouvrages d'art supportant des rues ou des voies ferrées »;

6° le point W de la nomenclature est complété par les lignes 19 à 21 rédigées comme suit :

|  |  |    |   |   |  |   |
|--|--|----|---|---|--|---|
|  |  | 19 | L'installation d'équipements techniques de surveillance des cours d'eau.  | x |  | x |
|  |  | 20 | Dans les zones touchées par des calamités naturelles reconnues et pour autant que les travaux aient commencé de manière significative dans les trois ans qui suivent la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, les actes et travaux concernant la reconstruction de ponts, en ce compris les travaux de soutènement, la réfection des berges ou du lit d'un cours d'eau, ou la réparation de barrages et de leurs installations, pour autant que leur localisation reste inchangée et que les conditions offertes aux différents usagers sont conservées. | x |  | x |



|  |  |    |  |   |  |   |
|--|--|----|--|---|--|---|
|  |  | 21 | Dans des zones touchées par des calamités naturelles reconnues et pour autant que les travaux aient commencé de manière significative dans les trois ans qui suivent la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, la démolition, la réfection ou la reconstruction de murs de berges ou d'autres ouvrages d'art situés sur la propriété du gestionnaire du cours d'eau non navigable. | x |  | x |
|--|--|----|--|---|--|---|

7° le point X de la nomenclature est complété par la ligne 7.1 rédigée comme suit :

|  |  |     |   |   |  |   |
|--|--|-----|---|---|--|---|
|  |  | 7.1 | Dans des zones touchées par des calamités naturelles reconnues et pour autant que les travaux aient commencé de manière significative dans les trois ans qui suivent la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement, le déplacement, la transformation et le remplacement de réseaux d'eaux usées, de fluides, d'énergie et de télécommunication, enterrés ou aériens, et de leurs dispositifs accessoires. | x |  | x |
|--|--|-----|---|---|--|---|

8° dans la ligne X8 de la nomenclature, les mots « 1° à 7° » sont remplacés par les mots « 1° à 7.1 »;

**Art. 2.** Le présent arrêté entre en vigueur [x] jours après sa publication au *Moniteur belge*.

**Art. 3.** Le Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire est chargé de l'exécution du présent arrêté.  
Eupen, le 31 janvier 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement,  
A. ANTONIADIS

#### VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/201536]

#### 31 JANUARI 2022. — Besluit van de Regering tot wijziging van het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decretale deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling, artikel D.IV.1, § 2, 1° en 3°;

Gelet op het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 19 november 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 22 november 2021;

Gelet op advies 70.663/4 van de Raad van State, gegeven op 10 januari 2022, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat er een zekere urgentie bestaat om de openbare dienstverlening te kunnen voortzetten en de burgers, bedrijven en overheden de grootst mogelijke rechtszekerheid te bieden; dat in het bijzonder zo snel mogelijk het wettelijk kader moet worden geschapen voor de wederopbouwwerkzaamheden die al worden uitgevoerd naar aanleiding van de overstromingsramp van juli 2021; dat het in die omstandigheden aangewezen is om geen advies te vragen aan de Adviesraad voor Ruimtelijke Ordening, overeenkomstig artikel D.I.4, § 1, vierde lid, van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling;

Overwegende het besluit van de Waalse Regering van 28 juli 2021 waarbij de overstromingen die hebben plaatsgevonden van 14 tot 16 juli 2021 als een algemene natuurramp worden beschouwd en waarbij de geografische uitgestrektheid van deze ramp wordt afgebakend;

Op de voordracht van de Minister van Ruimtelijke Ordening;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** In artikel R.IV.1-1 van het reglementaire deel van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 1 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het vierde lid wordt aangevuld met een bepaling onder 18°, luidende:

"18° erkende natuurramp: een natuurramp die erkend is op grond van het decreet van het Waals Gewest van 26 mei 2016 betreffende het herstel van sommige schade veroorzaakt door algemene natuurrampen."

2° in punt B van de nomenclatuur worden de volgende regels 10 tot 12 ingevoegd:

|  |  |    |   |   |  |   |
|--|--|----|---|---|--|---|
|  |  | 10 | <p>Handelingen en werken voor het herstellen van gebouwen of bouwwerken ten gevolge van een erkende natuurramp, onder de volgende cumulatieve voorwaarden:</p> <p><i>a)</i> de handelingen en werken geschieden binnen 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp;</p> <p><i>b)</i> de handelingen en werken worden minstens 15 dagen voordat ze worden aangevangen, aan het gemeentecollege meegedeeld;</p> <p><i>c)</i> de handelingen en werken tasten de dragende structuur van het gebouw of bouwwerk niet aan;</p> <p><i>d)</i> de handelingen en werken zijn in overeenstemming met de voorwaarden vermeld in punt A1;</p> <p><i>e)</i> het sluiten, het maken of het wijzigen van openingen in het dakvlak geschiedt op maximum één verdieping en met dezelfde materialen als die van het dak;</p> <p><i>f)</i> het sluiten, het maken of het wijzigen van openingen in opgaande muren voldoet aan de volgende cumulatieve voorwaarden:</p> <p><i>i)</i> het sluiten of het wijzigen gebeurt met dezelfde bekledingsmaterialen als die van de opgaande muur;</p> <p><i>ii)</i> elke opening of wijziging wordt afzonderlijk beschouwd en wordt op maximum één verdieping uitgevoerd;</p> <p><i>iii)</i> als het goed valt onder een gewestelijke of gemeentelijke handleiding voor stedenbouw stemmen de handelingen en werken met die handleiding overeen.</p> | x |  | x |
|  |  | 11 | <p>Het afbreken van vrijstaande gebouwen, constructies of installaties ten gevolge van een erkende natuurramp, onder de volgende cumulatieve voorwaarden:</p> <p><i>a)</i> het afbreken geschiedt binnen 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp;</p> <p><i>b)</i> het afbreken wordt minstens 15 dagen vóór aanvang aan het gemeentecollege meegedeeld;</p>   | x |  | x |
|  |  | 12 | <p>Het afbreken van niet-vrijstaande gebouwen, constructies of installaties ten gevolge van een erkende natuurramp, onder de volgende cumulatieve voorwaarden:</p> <p><i>a)</i> het afbreken geschiedt binnen 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp;</p> <p><i>b)</i> het afbreken geschiedt in het kader van een besluit van de burgemeester genomen bij hoogdringendheid met het oog op het verzekeren van de openbare veiligheid.</p>   | x |  | x |

3° in punt P van de nomenclatuur worden de volgende regels 4.1 tot 4.5 ingevoegd:

|  |  |     |   |   |  |   |
|--|--|-----|---|---|--|---|
|  |  | 4.1 | <p>Ten gevolge van een erkende natuurramp en gedurende hoogstens 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, de tijdelijke plaatsing van installaties op het openbaar domein die een openbare dienst of een activiteit van algemeen belang in de zin van artikel D.IV.22, eerste lid, 7°, of een activiteit van openbaar nut in de zin van artikel R.IV.22-2, 17°, huisvesten. De vergunning voor het gebruik van het openbaar domein wordt vooraf aangevraagd. Aan het einde van de periode keert het terrein terug in zijn oorspronkelijke staat.</p> | x |  | x |
|--|--|-----|---|---|--|---|



|  |  |     |   |   |  |   |
|--|--|-----|---|---|--|---|
|  |  | 4.2 | <p>Ten gevolge van een erkende natuurramp en gedurende hoogstens 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, de tijdelijke plaatsing van installaties, met inbegrip van parkeerplaatsen, op privaat domein die een openbare dienst of een activiteit van algemeen belang in de zin van artikel D.IV.22, eerste lid, 7°, of een activiteit van openbaar nut in de zin van artikel R.IV.22-2, 17°, huisvesten, onder de volgende cumulatieve voorwaarden:</p> <p><i>a)</i> het gaat om de verplaatsing van een activiteit die in de gemeente bestaat;</p> <p><i>b)</i> het gaat om een gebied dat is bestemd voor bebouwing in de zin van artikel D.II.23;</p> <p><i>c)</i> het gaat niet om een terrein of een gedeelte van een terrein dat blootgesteld is aan een risico in de zin van artikel D.IV.57, eerste lid, 3°, of dat blootgesteld is aan een risico van geconcentreerd afvloeiend water, namelijk een natuurlijke as van geconcentreerd afvloeiend water;</p> <p><i>d)</i> het gaat niet om een terrein of deel van een terrein dat in de laatste vijf jaar overstroomd is geweest;</p> <p><i>e)</i> het gaat niet om een terrein of deel van een terrein dat het risico op een zwaar ongeval in de zin van het decreet van het Waals Gewest van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning kan vergroten of de gevolgen van zo'n ongeval kan verergeren;</p> <p><i>f)</i> het gaat niet om een locatie die krachtens de wet van 12 juli 1973 op het natuurbehoud erkend is, noch om een biologisch zeer waardevolle locatie zoals vermeld op de cartografische portaalsite van de Waalse Overheidsdienst;</p> <p><i>g)</i> aan het einde van de periode keert het terrein terug in zijn oorspronkelijke staat.</p> | x |  | x |
|  |  | 4.3 | <p>Ten gevolge van een erkende natuurramp en gedurende hoogstens 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, de tijdelijke plaatsing - op het openbaar domein - van commerciële installaties of installaties waar de activiteit van een zelfstandige of een onderneming wordt uitgeoefend, op voorwaarde dat de activiteit in de gemeente bestaat en verplaatst werd.</p> <p>De vergunning voor het gebruik van het openbaar domein wordt vooraf aangevraagd.</p> <p>Aan het einde van de periode keert het terrein terug in zijn oorspronkelijke staat.</p>  | x |  | x |
|  |  | 4.4 | <p>Ten gevolge van een erkende natuurramp en gedurende hoogstens 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, de tijdelijke plaatsing - op privédomein - van commerciële installaties of installaties waar de activiteit van een zelfstandige of een onderneming wordt uitgeoefend, met inbegrip van de bijbehorende parkeerplaatsen in open lucht, onder de volgende cumulatieve voorwaarden:</p> <p><i>a)</i> het gaat om de verplaatsing van een activiteit die in de gemeente bestaat;</p> <p><i>b)</i> het gaat om een gebied dat is bestemd voor bebouwing in de zin van artikel D.II.23;</p> <p><i>c)</i> het gaat niet om een terrein of een gedeelte van een terrein dat blootgesteld is aan een risico in de zin van artikel D.IV.57, eerste lid, 3°, of dat blootgesteld is aan een risico van geconcentreerd afvloeiend water, namelijk een natuurlijke as van geconcentreerd afvloeiend water;</p> <p><i>d)</i> het gaat niet om een terrein of deel van een terrein dat in de laatste vijf jaar overstroomd is geweest;</p> <p><i>e)</i> het gaat niet om een terrein of deel van een terrein dat het risico op een zwaar ongeval in de zin van het decreet van het Waals Gewest van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning kan vergroten of de gevolgen van zo'n ongeval kan verergeren;</p> <p><i>f)</i> het gaat niet om een locatie die krachtens de wet van 12 juli 1973 op het natuurbehoud erkend is, noch om een biologisch zeer waardevolle locatie zoals vermeld op de cartografische portaalsite van de Waalse Overheidsdienst;</p> <p><i>g)</i> aan het einde van de periode keert het terrein terug in zijn oorspronkelijke staat.</p>   | x |  | x |

|  |  |     |  |   |  |   |
|--|--|-----|--|---|--|---|
|  |  | 4.5 | Ten gevolge van een erkende natuurramp en gedurende hoogstens 24 maanden na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, de tijdelijke plaatsing - door of in opdracht van de gemeenten, de openbare centra voor maatschappelijk welzijn of de openbare huisvestingsmaatschappijen - van microwoningen met het oog op de huisvesting van de slachtoffers van die ramp, onder de volgende cumulatieve voorwaarden:<br>a) het gaat om een gebied dat is bestemd voor bebouwing in de zin van artikel D.II.23;<br>b) het gaat niet om een terrein of een deel van een terrein dat blootgesteld is aan een risico in de zin van artikel D.IV.57, eerste lid, 3°, of dat blootgesteld is aan een risico van geconcentreerd afvloeiend water, namelijk een natuurlijke as van geconcentreerd afvloeiend water;<br>c) het gaat niet om een terrein of deel van een terrein dat in de laatste vijf jaar overstroomd is geweest;<br>d) het gaat niet om een terrein of deel van een terrein dat het risico op een zwaar ongeval in de zin van het decreet van het Waals Gewest van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning kan vergroten of de gevolgen van zo'n ongeval kan verergeren;<br>e) het gaat niet om een locatie die krachtens de wet van 12 juli 1973 op het natuurbehoud erkend is, noch om een biologisch zeer waardevolle locatie zoals vermeld op de cartografische portaalsite van de Waalse Overheidsdienst;<br>f) aan het einde van de periode keert het terrein terug in zijn oorspronkelijke staat. | x |  | x |
|--|--|-----|--|---|--|---|

4° In regel P5 van de nomenclatuur worden de woorden "punten 1 en 4" vervangen door de woorden "punten 1 en 4 tot 4.5";

5° regel W4 van de nomenclatuur wordt aangevuld als volgt: ", met inbegrip van kunstwerken die wegen of een spoorlijn dragen";

6° in punt W van de nomenclatuur worden de volgende regels 19 tot 21 ingevoegd:

|  |  |    |   |   |  |   |
|--|--|----|---|---|--|---|
|  |  | 19 | De installatie van technische apparatuur voor de controle van waterlopen.   | x |  | x |
|  |  | 20 | In gebieden die getroffen werden door een erkende natuurramp en op voorwaarde dat de werken op significante wijze zijn aangevat binnen een termijn van drie jaar na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, handelingen en werken voor de heropbouw van bruggen, met inbegrip van de werken voor de dragende structuur, het herstel van rivieroevers of van het rivierbed van een waterloop of voor het herstel van stuwdammen en hun installaties, voor zover de lokalisatie van de installaties onveranderd blijft en maatregelen worden genomen om ervoor te zorgen dat de verschillende gebruikers ze kunnen blijven gebruiken. | x |  | x |
|  |  | 21 | In gebieden die getroffen werden door een erkende natuurramp en op voorwaarde dat de werken op significante wijze zijn aangevat binnen een termijn van drie jaar na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, het slopen, herstellen of wederopbouwen van muren voor de bescherming van de oevers en andere kunstwerken die eigendom zijn van de beheerder van de niet-bevaarbare waterloop.  | x |  | x |

7° in punt X van de nomenclatuur wordt een regel 7.1 ingevoegd, luidende:

|  |  |     |   |   |  |   |
|--|--|-----|---|---|--|---|
|  |  | 7.1 | Ten gevolge van een erkende natuurramp en op voorwaarde dat de werken op significante wijze zijn aangevat binnen een termijn van drie jaar na de bekendmaking van het besluit houdende erkenning van de natuurramp, de plaatsing, verplaatsing, wijziging en vervanging van al dan niet ondergrondse riolerings-, vloeistof-, energie- en telecommunicatienetten en de bijbehorende elementen en bijbehorende uitrusting. | x |  | x |
|--|--|-----|---|---|--|---|

8° In regel X8 van de nomenclatuur worden de woorden "punten 1 tot 7" vervangen door de woorden "punten 1 tot 7.1";

**Art. 2.** Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

**Art. 3.** De minister bevoegd voor Ruimtelijke Ordening is belast met de uitvoering van dit besluit.  
Eupen, 31 januari 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,  
A. ANTONIADIS

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C - 2022/41497]

#### 20 MAI 2022. — Arrêté ministériel relatif à la reconnaissance de l'opération de rénovation urbaine du quartier « centre-ville 2 » à Genappe

Le Ministre du Logement, des Pouvoirs locaux et de la Ville,

Vu le Code du Développement territorial, tel que modifié, et plus particulièrement les articles D.V.14 et R.0 1-2 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 26 septembre 2019 portant règlement du fonctionnement du Gouvernement wallon ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 13 janvier 2022 fixant la répartition des compétences entre les Ministres et réglant la signature des actes du Gouvernement ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 28 février 2013 relatif à l'octroi par la Région wallonne de subventions pour l'exécution d'opérations de rénovation urbaine ;

Vu l'arrêté ministériel du 24 juin 2013 portant exécution de l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement wallon du 28 février 2013 relatif à l'octroi par la Région wallonne de subventions pour l'exécution d'opérations de rénovation urbaine ;

Vu la délibération du Conseil communal de Genappe en date du 14 février 2018 décidant de procéder au lancement d'une nouvelle étude de rénovation urbaine sur le quartier « Centre-Ville

Vu le périmètre de l'opération, le dossier de rénovation urbaine et le budget y afférent annexés au présent arrêté ;

Vu l'avis de la section « Aménagement opérationnel » du pôle « Aménagement du territoire » rendu le 11 février 2022 ;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances donné le 21 avril 2022 ;

Considérant que la Ville de Genappe ne peut supporter seule le coût des acquisitions et travaux nécessaires,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le périmètre, le dossier de rénovation urbaine et le budget y afférent tels que précisés aux plan(s) et documents annexés au présent arrêté, sont approuvés.

**Art. 2.** L'opération est reconnue pour une durée de quinze ans à dater de la signature du présent arrêté.

**Art. 3.** L'arrêté entre en vigueur le jour de sa signature.

Jambes, le 20 mai 2022.

Ch. COLLIGNON